

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Ingelheim, den 10.04.2023

Heinrich Jung ☉ Altegasse 62 ☉ 55218 Ingelheim
Stadtverwaltung Ingelheim
Herrn Oberbürgermeister
Ralf Claus
Fridtjof-Nansen-Platz 1
55218 Ingelheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stelle ich für die öffentliche Sitzung des Stadtrates am 17.04.2023 den nachfolgenden Antrag.

Der Stadtrat möge beschließen:

Im STEK, Seite 18, in der textlichen Festlegung im Bereich Mobilität und Verkehr, Räumliche Ziele, 4. Spiegelstrich „Ausbau neuer Verkehrsverbindungen“ wird der folgende Satz gestrichen: „Die Planung und Umsetzung einer neuen Autobahn-Anschlussstelle Ingelheim-Mitte, welche die Verkehrsanbindung des Gewerbe- und Industriestandorts Schaafau sowie der Stadtmitte verbessern und das umliegende Verkehrsnetz entlasten kann, sollen unterstützt werden.“

Begründung:

Der Wunsch nach der Umsetzung einer Autobahn-Anschlussstelle Ingelheim-Mitte hat im Stadtrat eine lange Geschichte. Nach unserem Wissen ist aber, mangels Zuständigkeit, nie ein formaler Beschluss zur Errichtung dieser Anschlussstelle von den Stadträten vergangener Wahlperioden herbeigeführt worden. Die Forderung nach einem zusätzlichen Anschluss wurde vom Bund wegen der zu kurzen Distanz zwischen den bestehenden Abfahrten immer abgelehnt.

Was früher eine gute Idee war, die von unserer damaligen Fraktion mitgetragen wurde, ist heute aber ein Anachronismus. Die Verkehrsinfrastruktur in Ingelheim hat sich seither sehr stark verbessert. Im Bezug auf die Anschlussstelle sind hier besonders die Ost-West-Umfahrung, der Ausbau der Kreuzung Konrad-Adenauer-Str./Rheinstr. und Verkehrsanlagen im Bereich der Neue Mitte zu nennen. Eine neue LKW-Andienung zum Werksgelände der Firma Boehringer wäre heute auch ohne die Anschlussstelle im bestehenden Straßennetz umsetzbar. Doch am wichtigsten: Die Klimaerhitzung und das Artensterben zwingen uns zum Überdenken und zur Neuausrichtung unserer Vorhaben!

Ein Festhalten an diesen alten, überkommenen Plänen brächten große Nachteile für die Stadt und ihre Menschen mit sich:

- Sehr hohe Kosten (unabhängig davon, wer sie bezahlt!)
- Große Flächenversiegelung
- Eingriffe ins NSG
- CO2 Ausstoß durch die Herstellung der Baumaßnahme
- Zerschneidung der Fahrradinfrastruktur, durch die Einmündungsstellen sowie Zerstörung des Weges an der Neumühle.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich Jung

Fraktionsvorsitzender